



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
„Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“ (17. Mai 1957)

Der Artikel aus dem SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* vom 17. Mai 1957 vertritt in einer Phase intensiver Verfolgung von politisch Andersdenkenden die offizielle Parteilinie, nach der im politischen System der DDR aufgrund seines sozialistischen Charakters eine absolute Einheit zwischen den Interessen der Bevölkerung und der Politik der Regierung besteht. Eine politische Opposition müsste sich zwangsläufig gegen die Interessen des Volkes richten und kann deswegen nicht geduldet werden.

Warum gibt es in der DDR keine Opposition?

Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. Im Gegenteil, das Vorhandensein oppositioneller Kräfte in bürgerlich-kapitalistischen Staaten offenbart den immer schärfer hervortretenden Interessengegensatz zwischen den sich an der Macht befindlichen Monopolisten und Militaristen und der von der Macht ausgeschlossenen unterdrückten Bevölkerung. Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

Die Bourgeoisie kann die aus den unversöhnlichen Klassengegensätzen hervorstechende Opposition nicht leugnen. Deshalb versucht sie, diese zu einem »Charakteristikum wahrer Demokratie« für jeden Staat umzufälschen.

Auch von der rechten Sozialdemokratie wurde und wird diese Ansicht verbreitet. Der ehemalige Vorsitzende der SPD, Schumacher, formulierte z. B. wie folgt: »Das Wesen des Staates ist nicht die Regierung, und das Wesen des Staates ist nicht die Opposition. Das Wesen des Staates ist die Regierung und die Opposition.«

Aus solchen Auffassungen wird dann die absurde Behauptung abgeleitet, daß unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern nicht demokratisch sei, weil es bei uns »keine Opposition gebe«.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmachtet. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. Die Armee, Polizei und Justiz – die Machtmittel des Staates – sind Instrumente der Werktätigen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung.

Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife, gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.

Quelle: „Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“, *Neues Deutschland* (17. Mai 1957), S. 3. Mit freundlicher Genehmigung der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Berlin.